



Syrisch-kurdische Flüchtlinge im September 2014 an der Grenze zur Türkei nahe der Stadt Kobane. Foto: UNHCR/I.Prickett

Zufluchtsland Hessen

Mehr als 50 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht – so viele wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Nur wenige erreichen Europa, doch auch hier steigt die Zahl der Flüchtlinge stetig. Im laufenden Jahr werden nach Hessen monatlich rund 1.650 neue Schutzsuchende kommen, so eine Prognose der Landesregierung. Und die meisten werden dauerhaft bleiben. Etwa der Hälfte von ihnen wird Schutz gewährt, bei der großen Gruppe der Syrer liegt die Quote sogar bei fast 100 Prozent.

Berufliche Integration, wie sie das das Netzwerk „BLEIB in Hessen“ leistet, ist daher wichtig. Zu dem Netzwerk, das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird, gehören auch Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen wie die Vereine beramí in Frankfurt und Arbeit und Bildung e. V. in Marburg und Schwalmstadt.

1.360 Flüchtlinge hat „BLEIB in Hessen“, das vom Mittelhessischen Bildungsverband koordiniert wird, in den vergangenen sieben Jahren beraten und einem Viertel davon eine Arbeitsstelle vermittelt. „Die meisten haben eine Helfertätigkeit gefunden, in der Gastronomie, im Lager oder in Lebensmitteläden“, berichtet Christian Hendrichs vom Verein Arbeit und Bildung. „Aber wir können durchaus auch qualifizierte Tätigkeiten vermitteln.“ So kann eine studierte Bauingenieurin aus dem Iran inzwischen wieder in ihrem Beruf arbeiten. „BLEIB in Hessen“ fand für sie zunächst eine Stelle als Bauzeichnerin und unterstützte sie im Verfahren für die Anerkennung ihres ausländischen Berufsabschlusses.

Die Nachfrage nach dem freiwilligen Integrationsangebot „BLEIB in Hessen“ ist groß und übersteigt die Kapazität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Arbeit und Bildung um etwa ein Drittel. Für knapp die Hälfte der

Flüchtlinge beginnt die berufliche Integration mit einem Sprachkurs. Nach drei Monaten in Deutschland dürfen sie arbeiten, unterliegen aber im ersten Jahr der Nachrangigkeitsprüfung: Nur wenn keine Deutschen und EU-Bürger für die Stelle in Frage kommen, bekommen sie den Job.

Eine duale Ausbildung steht geduldeten Flüchtlingen offen, scheitert aber oft daran, dass ihr Aufenthalt nicht für die dreijährige Lehrzeit gesichert ist, sondern nur für ein Jahr. „Wir unterstützen daher die politische Forderung der Handwerkskammer, jungen Menschen, die eine duale Ausbildung beginnen, ein Bleiberecht für die dreijährige Dauer und für zwei Jahre im Anschluss einzuräumen“, sagt Christian Hendrichs.

Integration beginnt mit Sprachkursen

„Die schwarz-rote Landesregierung hat im Koalitionsvertrag festgeschrie-



Die Familie Khawan ist 2012 aus Aleppo geflohen. Über das humanitäre Aufnahmeprogramm Syrien fand sie im hessischen Wächtersbach Zuflucht. Foto: UNHCR/G. Welters

ben, dass Menschenrechte und gelebte Humanität im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik stehen sollen“, sagt Maria-Theresia Schalk, Referentin für Migration beim PARITÄTISCHEN Hessen. „Dieses politische Programm muss nun mit Leben gefüllt und praktisch umgesetzt werden.“ Was dazu nötig ist, hat die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in einem Empfehlungspapier mit dem Titel „Zufluchtsland Hessen gemeinsam gestalten“ zusammengefasst. Darin fordert sie unter anderem, dass Flüchtlinge in kleinen Einheiten und Wohnungen untergebracht werden. Provisorien wie Hotels oder Container sind aus Sicht der Wohlfahrtsverbände keine Lösung.

Die Integration von Flüchtlingen gelingt umso besser, je früher die Unterstützung ansetzt. Deutschkurse und eine soziale Begleitung und Beratung von Anfang an sind daher zentrale Empfehlungen der Liga. Von der Landesregierung fordert sie die Finanzierung einer flächendeckenden professionellen Beratungsstruktur, zu der auch eine unabhängige Verfahrensberatung gehören muss, da Schutzsuchende mit komplexen asyl- und ausländerrechtlichen Fragen konfrontiert sind.

Besonderes Augenmerk legt die Liga außerdem auf das Kindeswohl und den Kindeswillen. „Während die Aufnahmebedingungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Hessen vorbildlich sind, sind Flüchtlingskinder, die im Familienverbund ankommen, bislang zu wenig als Zielgruppe der Jugendhilfe im Blick“, stellt sie in ihrem Empfehlungspapier fest.

Eine Einschätzung, die Bettina Stein von der Beratungsstelle FATRA (Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil) bestätigt: „Minderjährige, die mit ihren Eltern in Gemeinschaftsunterkünften leben, bräuchten deutlich mehr Unterstützung. Denn weil Kinder am schnellsten Deutsch lernen, müssen sie in den Familien viele Aufgaben übernehmen, die sie überfordern.“ FATRA wurde 1993 gegründet, um Flüchtlinge aus dem Krieg in Bosnien und Herzegowina aufsuchend zu betreuen. Das Therapiezentrum, das aus dieser Initiative entstand, konnte seine Arbeit nicht fortführen, als die Landesregierung 2005 im Zuge der Operation „Sichere Zukunft“ ihre Zuschüsse strich. Seitdem bietet FATRA nicht mehr selbst Therapien an, sondern fungiert als Beratungsstelle, die Flüchtlinge an nie-

dergelassene Therapeutinnen und Therapeuten vermittelt.

Traumatische Flucht

Zielgruppen von FATRA sind erwachsene und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, überwiegend aus afrikanischen Ländern wie Somalia und Äthiopien sowie aus Afghanistan. Seit etwa zwei Jahren muss FATRA Wartelisten führen, oft können die vier Teilzeitmitarbeiterinnen und -mitarbeiter hilfesuchende traumatisierte Flüchtlinge erst nach einem halben Jahr zum ersten Gespräch empfangen. „Obwohl in Hessen die Aufnahmekapazitäten stark ausgebaut wurden, haben wir kaum zusätzliche Finanzierung erhalten“, bemängelt die Sozialpädagogin Bettina Stein: „Gemessen an der Nachfrage ist es ein Witz, was wir leisten können. Vor allem im Erwachsenenbereich brennt es.“

FATRA bietet auch Fortbildungen für ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen und -helfer und Dolmetscher an, hat in diesem Bereich aber ebenfalls zu wenig Kapazitäten. Als weiteres Manko benennt Bettina Stein, dass Dolmetscherkosten für therapeutische Behandlungen von erwachsenen Flüchtlingen bislang nicht übernommen werden: „Das verhindert oft den dringend nötigen Gang in die Therapie.“ Zunehmend leiden Flüchtlinge unter schlimmen Erlebnissen auf der Flucht, so berichtet sie. Auf ihrem Weg durch die Sahara und Libyen werden sie inhaftiert, von Banden gekidnappt oder vergewaltigt. Von sexuellen Übergriffen berichten häufig auch junge Männer, die nach einer gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer Italien erreicht haben und dort auf der Straße leben mussten. „Früher kamen die meisten mit dem Flugzeug nach Deutschland. Das ist heute kaum noch möglich.“

Barbara Helfrich

k o n t a k t

- Netzwerk „BLEIB in Hessen“
www.bleibin.de
- FATRA - Frankfurter Arbeitskreis
Trauma und Exil e. V.
www.fatra-.ev.de

Freiwilliges Engagement in Polen fördern

Rat der Nichtregierungsorganisationen der Woiwodschaft Lodz und der PARITÄTISCHE Hessen starten gemeinsames Projekt

Zwar erlebt Polen seit Jahren ein starkes wirtschaftliches Wachstum, jedoch verschlechtern sich die Lebensbedingungen für die Menschen am Rande der Gesellschaft zunehmend. Ihnen soll durch freiwilliges Engagement geholfen werden. Weil Polen immer noch mit seinem kommunistischen Erbe und dem damals staatlich erzwungenen Engagement ringt, ist freiwilliges Engagement für weite Teile der Bevölkerung noch immer negativ konnotiert. Zudem verharren noch immer viele Bürgerinnen und Bürger in einer passiven Erwartungshaltung gegenüber dem Staat, der - wie in alten Zeiten - alles richten soll.

Eine Neubewertung des freiwilligen Engagements zu erreichen, ist Ziel eines gemeinsamen Projekts der polnischen Nichtregierungsorganisation Rat der Nichtregierungsorganisationen der Woiwodschaft Lodz (Rada Organizacji Pozarządowych Województwa Łódzkiego) und des PARITÄTISCHEN Hessen. Zum Auftakt des Projekts „Aufbau eines Freiwilligenzentrums in Lodz/Polen“ reisten Anfang April als Vertreter des PARITÄTISCHEN Hessen Landesgeschäftsführer Günter Woltering, Thomas Schüler, Leiter des Freiwilligenzentrums Darmstadt, und Projektkoordinator Artur Bernacki ins polnische Lodz.

Thomas Schüler berichtete aus der Praxis des Freiwilligenmanagements und zeigte auf, dass die traditionellen und etablierten Formen ehrenamtlichen Engagements, wie die Mitgliedschaft in einem Gesangs- oder Kleingartenverein oder der Freiwilligen Feuerwehr, in Deutschland rückläufig sind - im Gegensatz zu Polen, wo sich auf dem Land viele junge Leute in den Freiwilligen Feuerwehren engagieren. In Deutschland geht dagegen der Trend vor allem im sozialen und kulturellen Bereich hin zu neuen Engagementformen, die projektorientiert und zeitlich befristet

sind. Er betonte, dass Engagement klare Strukturen braucht, die Planung, Organisation, Koordination und Aus- und Bewertung freiwilligen Engagements einschließen. Zugleich müssen Organisationen eine Willkommens- und Verabschiedungskultur entwickeln, die einen kollegialen und empathischen Umgang mit den Freiwilligen ermöglicht.

Ewa Wierzbowska, Projektleiterin auf polnischer Seite, machte deutlich, dass solche Strukturen in Lodz noch fehlen und in vielen Organisationen noch ein Umdenken stattfinden muss, das eine Kultur der „Zusammenarbeit mit Freiwilligen auf Augenhöhe“ verankert.

Ziel des gemeinsamen Projekts ist, Strukturen aufzubauen und freiwilliges Engagement in der Region zu fördern. Es soll zudem durch öffentlichkeitswirksame Aktionen eine gesellschaftliche Diskussion anregen. Um freiwilliges Engagement zu kanalisieren und zu organisieren, sollen Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren in sozialen Organisationen der Region ausgebildet werden, die Engagierten zu Seite stehen und sie bestmöglich integrieren. Zudem werden Workshops angeboten, die Freiwilligen die nötigen Kompetenzen vermitteln.

In Polen sind etwa 130.000 überwiegend kleine Nichtsregierungsorganisationen aktiv, von denen nicht einmal ein Viertel über hauptamtlich Beschäftigte verfügt. Das freiwillige Engagement für soziale Organisationen ist noch immer auf einem niedrigen Niveau und sinkt zudem weiter. 2011 engagierten sich gerade einmal 14,5 Prozent der Polen für eine soziale Organisation. Die Motive für freiwilliges Engagement sind, ähnlich wie hierzulande, vielfältig und reichen von altruistischen bis hin zu wirtschaftlichen Motiven, so die polnischen Referentinnen und Referenten bei der Auftaktveranstal-



Artur Bernacki, Irena Bartoszewska, Thomas Schüler, Günter Woltering und Ewa Wierzbowska (von links) beim Projektauftritt in Lodz. Foto: Magdalena Pilarska

ung. Auffällig sei, dass gerade unter der stark repräsentierten Gruppe der jungen und gutausgebildeten Freiwilligen pragmatische Motive dominieren: Sie engagieren sich freiwillig, um zusätzliche Qualifikationen zu erwerben, neue Erfahrungen zu machen und sich so für den Arbeitsmarkt fortzubilden.

Artur Bernacki



info

Das Projekt ist auf 18 Monate angelegt und wird von der Aktion Mensch gefördert. Mit der Programmlinie „Basisstrukturen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“ fördert die Aktion Mensch Partnerschaftsprojekte zur wirksamen Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung und für Menschen in besonderen Lebensverhältnissen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, insbesondere bei fehlender Wohnung, bei gewaltgeprägten Lebensumständen oder bei Entlassung aus einer geschlossenen Einrichtung.

Neue Rechtsreferentin



Mitgliedorganisationen werden in Rechtsfragen künftig von Chrysovalantou Vangeltziki beraten. Sie ist seit März 2015 beim PARITÄTISCHEN Hessen

als Rechtsreferentin beschäftigt. Die 32-Jährige hat im November 2013 ihr zweites juristisches Staatsexamen abgelegt und folgt auf Brigitte Roth, die Ende vorigen Jahres beim PARITÄTISCHEN Hessen die Referate Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie übernommen hat.

Wechsel in der Regionalgeschäftsstelle Gießen



Gabriele Mangold, bislang Regionalgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen in Gießen, ist Ende April in den Ruhestand gegangen. Ihre Aufgaben hat Iris Demel übernommen, mit der sich Gabriele Mangold zuvor die Regionalgeschäftsführung in der Region Mittelhessen geteilt hatte.

Gabriele Mangold, Jahrgang 1952, hat seit 1983 in unterschiedlichen Funktionen eng mit dem PARITÄTISCHEN Hessen kooperiert. Beim Landesverband beschäftigt war sie seit 18 Jahren. Mit ihrer Nachfolgerin Iris Demel hat sie mehr als fünf Jahren zusammengearbeitet. Iris Demel war bislang für die Stadt Marburg und die Landkreise Marburg-Biedenkopf und Limburg-Weilburg zuständig. Ab sofort ist sie auch in Stadt und Landkreis Gießen sowie im

Lahn-Dill-Kreis die Ansprechpartnerin des PARITÄTISCHEN Hessen.

Neuer Mitarbeiter im Projekt Inklusion und Barrierefreiheit



Manuel Schulz ist seit März 2015 beim PARITÄTISCHEN Hessen als neuer Mitarbeiter im Projekt Inklusion und Barrierefreiheit beschäftigt. Der 30-Jährige hat Soziologie und Volkswirtschaftslehre studiert und im vorigen Sommer sein Diplom abgeschlossen.

Da er trotz einer hochgradigen Sehbehinderung sein Abitur auf einer Regelschule absolvierte, bringt er eigene Erfahrungen aus dem Themengebiet Inklusion in das Projekt mit ein.



Katja Lüke, die bisherige Inhaberin der Projektstelle Barrierefreiheit, hat ihre Arbeitszeit beim PARITÄTISCHEN Hessen reduziert. In den kommenden Monaten wird sie vor allem eine Veranstaltung zum Thema „Inklusion bei sozialen Trägern und in hessischen Kommunen“ vorbereiten, die der PARITÄTISCHE Hessen für das kommende Jahr plant. Das Projekt Barrierefreiheit läuft noch bis März 2016 und wird von der Glücksspirale unterstützt.

Preis für Inklusions-Plakate

Die Bank für Sozialwirtschaft hat die Plakat- und Postkartenkampagne des PARITÄTISCHEN Hessen ausgezeichnet. Bei ihrem 9. Wettbewerb Sozialkampagne 2014/2015 kam das Projekt auf Platz 5 und wurde damit in die Dokumentation der zwölf besten Kampagnen aufgenommen. Der PARITÄTISCHE Hessen hat die vier Motive der Kampagne in Kooperation mit Studierenden des Studiengangs „Visuelle Kommunikation“ der Universität Kassel entwickelt. Die Motive wurden in

hessischen Städten plakatiert und von vielen Organisationen und bei zahlreichen Veranstaltungen verteilt. Auch die Stadt Frankfurt griff die Motive auf und druckte die Postkarten nach.

Die Serie stellt jeweils zwei Statements zur Inklusion gegenüber. Die obere Plakat-Hälfte greift einen Vorbehalt zur Inklusion auf, eingeleitet mit den Worten „Mein Problem mit Inklusion ist“. Auf der unteren Hälfte folgt eine mögliche Entgegnung auf diesen Vorbehalt. Den Dialog-Charakter betont auch die Farbgebung der Plakate: Schrift- und Hintergrundfarbe sind in den beiden Plakat-Hälften jeweils vertauscht, in einem schmalen Streifen in der Mitte verschmelzen die Farben.

Verbreitet werden die Motive sowohl in den Plakat-Formaten DIN A3 und A1 als auch in Postkartengröße. Das Kampagnenmaterial ist in der Landesgeschäftsstelle des PARITÄTISCHEN Hessen und in seinen Regionalgeschäftsstellen kostenlos erhältlich. Nähere Informationen bei Susi Wiese unter Tel. 069 - 955 262-57 oder per E-Mail.

Mein Problem mit Inklusion ist, dass sie unrealistisch ist.

Inklusion ist für mich realistisch.

DER PARITÄTISCHE HESSEN

Zwei Termine zum Vormerken:

Werte-Konferenz und Mitgliederversammlung

Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen sind herzlich eingeladen zu zwei verbandsinternen Veranstaltungen im kommenden Herbst: Die Regionalkonferenz zum PARITÄTISCHEN Wertedialog findet am Mittwoch, 23. September, von 10.00 bis 17.00 Uhr im Kasseler Ständehaus statt. Der Termin für die diesjährige Mitgliederversammlung ist Donnerstag, 12. November 2015, in Bad Nauheim. Nähere Informationen folgen in der nächsten Ausgabe des Magazins.